



Urlaubs- und Lohnausgleichskasse der Bauwirtschaft

Geschäftsbericht 2025

Das Wichtigste auf einen Blick

		2025	2024
		TEUR	TEUR
Bilanzsumme		3.373.641	3.175.111
Kapitalanlagen (Grundstücke, Wertpapiere, Bankguthaben)		2.868.413	2.771.706
Eigenkapital/Rücklagen		516.912	421.489
Erstattungsrückstellungen und -verbindlichkeiten		2.501.266	2.420.480
Hinterlegungen für die Absicherung von Wertguthaben		75.728	73.531
Beiträge		3.229.708	3.142.197
Aufwendungen der Verfahren		3.075.387	2.995.167
Erträge aus Kapitalanlagen		41.975	42.238
Bruttolohnsumme (ohne Berlin)		22.093.212	20.699.210
		2025	2024
Baubetriebe	Alte Bundesländer	66.517	67.354
	Neue Bundesländer	14.333	14.925
Zahl der Arbeitnehmer*	Alte Bundesländer**	659.812	657.813
	Neue Bundesländer**	137.406	140.038

Stand 31.12.2025

* Jahresdurchschnittswerte.

** Einschließlich der Angestellten.

Inhalt

4	Lagebericht
4	Grundlagen der ULAK
6	Wirtschaftsbericht
8	Vermögenslage
13	Finanzlage
14	Ertragslage
15	Vergleich zur Vorjahresprognose
16	Investitionen
17	Kennzahlen
18	Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage
18	Prognosebericht
19	Chancen- und Risikobericht
24	Bilanz zum 31.12.2025
26	Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01. bis zum 31.12.2025
27	Anhang
27	Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss
27	Nachtragsbericht
27	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden
29	Angaben zur Bilanz
34	Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung
35	Sonstige Angaben
35	Organe
38	Mitglieder
38	Verbände des Baugewerbes
39	Verbände der Bauindustrie
39	Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt
40	Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers
42	Bericht des Verwaltungsrats

Lagebericht

Grundlagen der ULAK

Die Urlaubs- und Lohnausgleichskasse der Bauwirtschaft (ULAK) ist eine von den Tarifvertragsparteien der Bauwirtschaft gemäß § 4 Abs. 2 des Tarifvertragsgesetzes geschaffene gemeinsame Einrichtung.

Sie wurde als Verein im Jahr 1949 von

- der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt,
- dem Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e. V. und
- dem Zentralverband des Deutschen Baugewerbes e. V.

gegründet und ist durch staatliche Verleihung rechtsfähig. Mitglieder des Vereins können auch die Mitgliedsverbände der Arbeitgeberspitzenorganisationen werden. Diese Option wird von zahlreichen Mitgliedsverbänden wahrgenommen.

Die ULAK steht durch gemeinsame tarifliche Regelungen in enger Beziehung zur Zusatzversorgungskasse des Baugewerbes AG (ZVK). Gegenüber ihren Kunden treten ULAK und ZVK als ein einheitliches Unternehmen mit dem Dachnamen SOKA-BAU auf.

SOKA-BAU sieht sich als „Partner für Service und Vorsorge in der Baubranche“. Dies wird auch durch den Purpose des Unternehmens nochmals betont: „Wir sorgen für **B**erufsbildung, **A**ltersversorgung, **U**rlaub am Bau.“

Der Tätigkeitsbereich der ULAK umfasst im Rahmen der jeweils gültigen Tarifverträge:

- die Sicherung der Urlaubsansprüche der Arbeitnehmer des Baugewerbes für das Bundesgebiet mit Ausnahme der Länder Bayern und Berlin. Darin einbezogen sind die Arbeitnehmer, die von Betrieben mit Sitz im Ausland für baugewerbliche Tätigkeiten nach Deutschland entsendet werden
- die Förderung der Berufsausbildung in der Bauwirtschaft

- die Sicherung von Ansprüchen der Arbeitnehmer aus Arbeitszeitguthaben (Sicherungskonten)
- die eigenen Beiträge und diejenigen der ZVK, der Gemeinnützigen Urlaubskasse des Bayerischen Baugewerbes e. V. (UKB) und der Sozialkasse des Berliner Baugewerbes (SKB) einschließlich Nebenforderungen einzuziehen. Gleichzeitig zieht die ULAK von den Betrieben der Bauwirtschaft die Winterbeschäftigungsumlage ein und führt sie an die Bundesagentur für Arbeit (BA) ab. Zu diesem Zweck besteht eine Verwaltungsvereinbarung zwischen ULAK und BA

Ein weiterer Vereinszweck ist die Sicherung von Urlaubsansprüchen der Arbeitnehmer des Nassbaggergewerbes (Nassbaggerverfahren).

Zur Förderung der Vereinszwecke darf der Verein Dienstleistungen auch Dritten anbieten, um damit Erträge zu erwirtschaften, die zur Erfüllung der Vereinszwecke verwendet werden.

Darstellung

In diesem Bericht werden alle gerundeten Beträge aus den jeweils korrekten Euro- und Centbeträgen ermittelt. Das kann dazu führen, dass gerundete Werte in den Tabellen eine optisch andere Summation ergeben, als in den Tabellen angegeben ist. Diese Genauigkeit ermöglicht die Einschätzung, ob die Werte durch die Rundungen in Summe am unteren oder oberen Ende des Rundungsintervalls liegen.

Leistungen

Die Leistungen der ULAK betreffen im Urlaubsverfahren die Erstattung von Urlaubsvergütungen an Betriebe sowie Abgeltungs- und Entschädigungszahlungen an Arbeitnehmer.

Seit 01.01.2013 werden gewerblichen Arbeitnehmern bei unverschuldeter Arbeitsunfähigkeit infolge von Krankheit oder für Ausfallstunden, für die der Arbeitnehmer Saison-Kurzarbeitergeld (Saison-KUG) bezog, Mindesturlaubsvergütungen gewährt. Bei der Ermittlung der Mindesturlaubsvergütungen aufgrund des Bezugs von Saison-KUG blieben die ersten 90 Ausfallstunden unberücksichtigt. Der Saison-KUG-Zeitraum umfasst die Zeit vom 1.12. eines Jahres bis zum 31.3. des Folgejahres.

Seit dem 01.01.2023 wird gewerblichen Arbeitnehmern bei unverschuldeter Arbeitsunfähigkeit infolge von Krankheit ohne Lohnanspruch oder beim Bezug von Kurzarbeiter- oder Saison-Kurzarbeitergeld (KUG) uneingeschränkt Mindesturlaubsvergütung gewährt.

Im Verfahren Berufsausbildung werden Ausbildungsvergütungen und Sozialaufwendungen an Betriebe erstattet sowie Kostenerstattungen für überbetriebliche Ausbildungsmaßnahmen anstelle der Arbeitgeber an überbetriebliche Ausbildungsstätten vorgenommen. Zusätzlich übernimmt seit 2016 die ULAK die Beiträge zur Tarifrrente Bau (TRB) für die Auszubildenden.

In den Erstattungen sind Beträge enthalten, die im Spitzenausgleichsverfahren (SPA) gemäß § 19 VTV mit den Betrieben abgerechnet werden. In diesem Verfahren werden die zu leistenden Beiträge und die Erstattungsansprüche des Arbeitgebers für jeweils vier aufeinanderfolgende Abrechnungszeiträume (Spitzenausgleichsintervall) miteinander verrechnet. Für nicht am Spitzenausgleich teilnehmende Betriebe werden auf monatlicher Basis die gegenseitigen Ansprüche miteinander saldiert.

Zu den Leistungen der ULAK gehört zudem die Auszahlung von Wertguthaben aus Sicherungskonten an Arbeitnehmer nach der Insolvenz eines Arbeitgebers. Für diese Zahlungen sind keine Aufwendungen auszuweisen, da lediglich die bei der ULAK hinterlegten und verzinsten Beträge ausgezahlt werden.

Beiträge

Die ULAK erhielt im abgelaufenen Geschäftsjahr für gewerbliche Arbeitnehmer einen Beitrag von 15,1 % für die Finanzierung des Urlaubsverfahrens und 2,2 % für die Finanzierung der Berufsausbildung. Ab Juli reduzierte sich der Beitrag im Berufsbildungsverfahren auf 1,9 %.

Zusätzlich wurden zur Finanzierung von Leistungen der Berufsbildung 18 EUR pro Monat für Angestellte erhoben.

Die Entwicklung der Beiträge und der Leistungen ist im nachfolgenden Bericht zum Geschäftsverlauf dargestellt.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Im abgelaufenen Kalenderjahr konnte die Wirtschaftsleistung in Deutschland nur äußerst schwach zulegen. Das reale Bruttoinlandsprodukt hat im Vorjahresvergleich um 0,2 % und damit das erste Mal seit 2022 zugenommen.

Zum Jahresende profitierten die privaten Konsumausgaben von einer gestiegenen Kaufkraft (saisonbereinigte Zunahme des realen privaten Konsums um 0,5 % gegenüber dem dritten Quartal). Darüber hinaus machten sich bei den Bauinvestitionen die im Jahresverlauf gestiegenen Baugenehmigungen und Auftragseingänge bemerkbar (Zunahme um 1,6 % gegenüber dem dritten Quartal). Dämpfend wirkten der Lagerabbau und weiterhin der Außenhandel. Das reale Bruttoinlandsprodukt stieg saisonbereinigt um 0,3 % gegenüber dem dritten Quartal. Das Wachstum der deutschen Wirtschaft fiel damit zum Jahresende genauso stark aus wie in der Eurozone.

Auf Jahressicht setzte sich bei den Bauinvestitionen die zweigeteilte Entwicklung des Vorjahres fort. Während die Wohnungsbauinvestitionen noch unter der schwachen Nachfrage der privaten Haushalte litten, nahmen die Nichtwohnungsbauinvestitionen sowohl im Hoch als auch im Tiefbau leicht zu. Die realen Bauinvestitionen sanken im Gesamtjahr 2025 um 0,6 % gegenüber dem Vorjahr.

Geschäftsverlauf

Die Bruttolohnsumme aus den baugewerblichen Tätigkeiten hat einen wesentlichen Einfluss auf den Geschäftsverlauf der ULAK, da sie Grundlage für die Berechnung der Sozialkassenbeiträge und der Leistungen im Urlaubsverfahren ist. Demzufolge sind die Zahl der gewerblichen Arbeitnehmer, die Stundenlöhne und die geleisteten Arbeitsstunden wichtige Größen für unser Unternehmen.

Die Zahl der bei SOKA-BAU im Jahresdurchschnitt gemeldeten gewerblichen Arbeitnehmer war im Geschäftsjahr leicht rückläufig (–0,9 %) auf 606.815.

Für die Angestelltenbeiträge für die Berufsbildung ist die Zahl der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Angestellten maßgeblich. Diese stieg um 2,6 % auf 190.404.

Zum Jahresende waren 39.197 Auszubildende im Baugewerbe beschäftigt. Das entspricht einer Zunahme von 5,1 % gegenüber dem Vorjahr.

Die Bruttolohnsumme im gesamten Bundesgebiet stieg um 3,9 % auf 22,1 Mrd. EUR. Diese Entwicklung ist besonders beachtenswert unter Berücksichtigung der seit 2020 herrschenden schwierigen gesamtwirtschaftlichen Lage sowie der Reduktionen in den Investitionen, siehe Abschnitt „Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen“.



Vermögenslage

Die Entwicklung der Vermögenslage ergibt sich aus der nachfolgenden Darstellung:

AKTIVSEITE	31.12.2025		31.12.2024		VERÄNDERUNG	
	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%
Anlagevermögen						
Immaterielle Vermögensgegenstände, Sach- und Finanzanlagen	1.659,4	49,2	1.604,1	50,5	55,3	3,4
Umlaufvermögen						
Beitragsforderungen	417,3	12,4	329,1	10,4	88,2	26,8
Sonstige Vermögensgegenstände	78,8	2,3	65,0	2,0	13,7	21,1
Wertpapiere	1.146,4	34,0	1.086,1	34,2	60,3	5,6
Liquide Mittel	71,7	2,1	90,7	2,9	-19,0	-20,9
	1.714,2	50,8	1.571,0	49,5	143,2	9,1
	3.373,6	100,0	3.175,1	100,0	198,5	6,3

PASSIVSEITE	31.12.2025		31.12.2024		VERÄNDERUNG	
	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%
Eigenkapital						
Risikorücklage	59,0	1,7	55,6	1,8	3,5	6,3
Rücklage für zukünftige tarifliche Verpflichtungen	457,9	13,6	365,9	11,5	91,9	25,1
	516,9	15,3	421,5	13,3	95,4	22,6
Langfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen						
Pensionsrückstellungen	211,8	6,3	211,5	6,7	0,3	0,1
Altersteilzeit- und Jubiläumsrückstellungen	0,5	0,0	0,5	0,0	0,0	-7,0
Hinterlegungen zur Sicherung von Wertguthaben	6,5	0,2	7,2	0,2	-0,7	-9,7
	218,8	6,5	219,2	6,9	-0,4	-0,2
Kurzfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen						
Erstattungsverpflichtungen						
Rückstellungen für Erstattungen	1.877,1	55,6	1.857,2	58,5	19,9	1,1
Erstattungsverbindlichkeiten	624,1	18,5	563,3	17,7	60,8	10,8
	2.501,3	74,1	2.420,5	76,2	80,8	3,3
Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten						
Hinterlegungen zur Sicherung von Wertguthaben	69,2	2,1	66,3	2,1	2,9	4,4
Übrige kurzfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	67,4	2,0	47,6	1,5	19,8	41,7
	136,6	4,1	113,9	3,6	22,7	20,0
	3.373,6	100,0	3.175,1	100,0	198,5	6,3

Im Berichtsjahr ist die Bilanzsumme um 198,5 Mio. EUR gestiegen.

Das Anlagevermögen erhöhte sich um 55,3 Mio. EUR. Diese Erhöhung speiste sich im Wesentlichen aus Steigerungen bei den Finanzanlagen im Bereich der Wertpapiere (+ 55,5 Mio. EUR).

Das Umlaufvermögen stieg um 143,2 Mio. EUR. Dabei sanken die Bankbestände (– 19,0 Mio. EUR), gleichzeitig stiegen die Wertpapiere (60,3 Mio. EUR). Bei den Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen erhöhten sich die Beitragsforderungen (88,2 Mio. EUR) und die sonstigen Vermögensgegenstände (13,7 Mio. EUR).

Die Beitragsforderungen entwickelten sich wie folgt

	31.12.2025	31.12.2024	VERÄNDERUNG	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	%
Beitragsforderungen Verfahren				
Forderungen für Beiträge am 31.12.	825,2	755,4	69,7	9,2
Forderungen für Verzugszinsen und Kosten am 31.12.	69,7	66,3	3,4	5,2
	894,9	821,7	73,2	8,9
Beitragsmeldungen, die in der Zeit vom 01.01. bis zum 31.01. des Folgejahres eingegangen sind	283,9	236,8	47,1	19,9
	1.178,8	1.058,5	120,3	11,4
Wertberichtigungen	– 761,6	– 729,5	– 32,1	– 4,4
Beitragsforderungen Verfahren	417,2	329,0	88,2	26,8

Die Wertberichtigungen sind abhängig von den Forderungen zum 31.12. eines Jahres.

Nachfolgend eine Darstellung der sonstigen Vermögensgegenstände:

	31.12.2025	31.12.2024	VERÄNDERUNG	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	%
Forderungen aus Zinsen von Wertpapieren und Einlagen bei Kreditinstituten	19,8	15,0	4,8	32,2
Forderungen an die UKB aus Erstattungen für Urlaub	46,6	39,3	7,3	18,5
Übrige Posten	12,4	10,8	1,6	15,1
	78,8	65,0	13,7	21,1

Die Erhöhung der Kapitalanlagen hing im Wesentlichen mit der Bruttolohnsummen- und Rückstellungssteigerung für Erstattungen zusammen. In der Wertpapierbestandserhöhung sind wie im Vorjahr keine Zuschreibungen enthalten. Demgegenüber stehen Abschreibungen in Höhe von 1,3 Mio. EUR (Vorjahr 1,9 Mio. EUR).

Die unter dem Begriff Kapitalanlagen zusammengefassten Positionen Grundstücke, Anlagen im Bau, Finanzanlagen, Wertpapiere und flüssige Mittel veränderten sich im Berichtsjahr wie folgt:

	31.12.2025		31.12.2024		VERÄNDERUNG	
	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%
Grundstücke, Anlg. im Bau und Sonstige	92,8	3,2	92,9	3,4	-0,1	-0,1
Finanzanlagen	1.557,5	54,3	1.502,0	54,2	55,5	3,7
Anlagevermögen	1.650,3	57,5	1.594,9	57,5	55,4	3,5
Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.031,4	36,0	956,2	34,5	75,2	7,9
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	10,0	0,3	19,9	0,8	-9,9	-49,9
Namensschuldverschreibungen	65,0	2,3	70,0	2,5	-5,0	-7,1
Schuldscheinforderungen und Darlehen	40,0	1,4	40,0	1,4	0,0	0,0
Wertpapiere im UV	1.146,4	40,0	1.086,1	39,2	60,3	5,6
Einlagen bei Kreditinstituten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-
Sonstige Bankguthaben und Kassenbestand	71,7	2,5	90,7	3,3	-19,0	-20,9
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	71,7	2,5	90,7	3,3	-19,0	-20,9
Wertpapiere und flüssige Mittel	1.218,1	42,5	1.176,8	42,5	41,3	3,5
Kapitalanlagen	2.868,4	100,0	2.771,7	100,0	96,7	3,5

Das Eigenkapital hat sich um den Jahresüberschuss in Höhe von 95,4 Mio. EUR (Vorjahr Jahresüberschuss 94,3 Mio. EUR) erhöht. Der Betrag wurde satzungsgemäß der Rücklage für zukünftige tarifliche Verpflichtungen sowie der Risikorücklage (1,75 % der Bilanzsumme) zugeführt.

Die Pensionsrückstellungen inklusive Treuhändervermögen erhöhten sich um 0,3 Mio. EUR. Diese Änderung setzt sich zusammen aus einem Zinsertrag von 2,0 Mio. EUR sowie einem Dienstzeitaufwand von 2,3 Mio. EUR.

Die Verpflichtungen aus der Absicherung von Wertguthaben aus der Arbeitszeitflexibilisierung (SIKOflex) und Altersteilzeit (SIKOplan) ergeben sich wie folgt.

Verbindlichkeiten SIKO

	2025	2024	VERÄNDERUNG	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	%
SIKOplan	8,3	8,6	-0,3	-3,9 %
SIKOflex	60,5	57,9	2,6	4,5 %
	68,8	66,5	2,3	3,4 %

Die Rückstellungen für Erstattungen, also für noch nicht genommenen Urlaub, nahmen um 19,9 Mio. EUR zu. Die Erstattungsverbindlichkeiten, also genommener, aber noch nicht beglichener Urlaub, stiegen um 60,8 Mio. EUR.

Die Erstattungsverbindlichkeiten entwickelten sich wie folgt:

	31.12.2025	31.12.2024	VERÄNDERUNG	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	%
Verbindlichkeiten an inländische Arbeitgeber für Urlaub und Ausbildungsvergütungen am 31.12.	165,5	159,4	6,1	3,8
Erstattungsmeldungen, die in der Zeit 01.01. – 31.01. des Folgejahres eingegangen sind	451,7	395,5	56,2	14,2
	617,2	554,9	62,2	11,2
(Davon im SPA-Verfahren)	111,1	112,4	-1,3	-1,1
Kostenerstattungsverpflichtungen an überbetriebliche Ausbildungsstätten	6,8	8,3	-1,5	-18,1
Übrige Erstattungsverpflichtungen	0,1	0,1	0,0	58,7
	624,1	563,3	60,7	10,8

Die gebuchten Erstattungsanträge werden im laufenden Betrieb sofort an die Betriebe ausgezahlt. Die relativ große Höhe der Erstattungsverbindlichkeiten zum jeweiligen Stichtag entsteht aus Zahlungsverpflichtungen der bis Ende Januar des Folgejahres eingehenden Meldungen für das zurückliegende Geschäftsjahr sowie aus den im Spitzenausgleichsverfahren (SPA) gebuchten Erstattungsverbindlichkeiten, die erst am Ende des jeweiligen SPA-Intervalls, also im folgenden Geschäftsjahr, mit Beitragsforderungen verrechnet werden.

Des Weiteren sind Erstattungen enthalten, die aufgrund von tariflichen Regelungen noch nicht ausgezahlt werden konnten. Diese befinden sich zum Stichtag mit 28,3 Mio. EUR auf dem Niveau des Vorjahres.

Finanzlage

Einen Überblick über die Herkunft und Verwendung finanzieller Mittel gibt die folgende Kapitalflussrechnung, die die Zahlungsmittelflüsse nach der indirekten Methode darstellt.

	2025	2024
	Mio. EUR	Mio. EUR
1. Periodenergebnis	95,4	94,4
2. Abschreibungen (+)/Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	5,4	5,4
3. Abschreibungen (+)/Zuschreibungen (-) auf Wertpapiere	1,1	1,2
4. Zunahme (+)/Abnahme (-) der langfristigen Rückstellungen und Verpflichtungen	-0,4	0,3
5. Gewinn (-)/Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens und Wertpapieren	-1,3	-0,7
6. Zunahme (-)/Abnahme (+) der Beitragsforderungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-101,9	15,2
7. Zunahme (+)/Abnahme (-) der Erstattungsverpflichtungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	103,5	-9,5
8. Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (Summe aus 1. bis 7.)	101,8	106,3
9. Einzahlungen aus dem Abgang von Wertpapieren	333,2	338,4
10. Auszahlungen aus dem Erwerb von Wertpapieren	-448,9	-442,9
11. Einzahlungen aus dem Verkauf von Sachanlagen	0,0	0,0
12. Auszahlungen aus dem Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen und Sachanlagen	-5,1	-4,3
13. Cashflow aus der Investitionstätigkeit (Summe aus 9. bis 12.)	-120,8	-108,8
14. Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds (Summe der Zeilen 8. und 13.)	-19,0	-2,5
15. Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	90,7	93,2
16. Finanzmittelfonds am Ende der Periode	71,7	90,7
Zusammensetzung des Finanzmittelfonds am Ende der Periode		
Zahlungsmittel	71,7	90,7
Zahlungsmitteläquivalente (kurzfristige Bankeinlagen)	0,0	0,0
	71,7	90,7

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit ist um 4,5 Mio. EUR gesunken. Hierbei entwickelte sich das Verhältnis von Beitragsforderungen zu Erstattungsverpflichtungen etwas weniger ungünstig als im Vorjahr. Entsprechend unserer Ergebnisaufteilung in

Verfahrens- und Betriebsergebnis setzt sich auch der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit aus einem Anteil Verfahren (147,2 Mio. EUR) und einem Anteil Betrieb (-45,4 Mio. EUR) zusammen.

Weiterhin ist anzumerken, dass Gewinne oder Verluste aus Wertpapierverkäufen aus systematischen Gründen im Cashflow aus Investitionstätigkeit ausgewiesen werden. Im Berichtsjahr waren dies 0,1 Mio. EUR. Die Zahlungen zu den laufenden Erträgen und Aufwendungen aus den Kapitalanlagen sind bei der ULAK in Anlehnung an die Kapitalflussrechnung von Versicherungsunternehmen dem Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit und nicht der Investitionstätigkeit zugeordnet. Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit von – 120,8 Mio. EUR im Berichtsjahr ergibt sich aus dem gestiegenen Erwerb von Wertpapieren. Darüber hinaus wurden rund 5,1 Mio. EUR in Sachanlagen

und Software investiert. Der Finanzmittelfonds reduzierte sich insgesamt um 19,0 Mio. EUR.

Die ULAK verfügt zum Bilanzstichtag über ausreichende Liquiditätsreserven, um ihre tarifvertraglichen Leistungen erfüllen zu können.

Ertragslage

Die Entwicklung der Beiträge und Leistungen ist verfahrensbezogen in der folgenden Beitrags- und Leistungsrechnung dargestellt.

Beitrags- und Leistungsrechnung

	URLAUB*		BERUFSAUSBILDUNG**		GESAMT		VERÄNDERUNG	
	2025	2024	2025	2024	2025	2024		
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	%
Beiträge								
1. Beitragssollstellungen	2.742,7	2.642,6	506,5	506,1	3.249,2	3.148,7	100,5	3,2
2. Verzugszinsen	21,4	18,1	3,3	2,9	24,6	21,0	3,7	17,6
3. Abschreibungen	– 12,8	– 19,5	– 2,3	– 3,6	– 15,1	– 23,1	8,0	– 34,6
4. Wertberichtigungen	– 29,1	– 7,3	– 3,2	0,0	– 32,3	– 7,2	– 25,1	346,6
5. Sonstige Erträge	3,3	2,9	0,0	0,0	3,3	2,9	0,4	12,4
	2.725,4	2.636,8	504,3	505,4	3.229,7	3.142,2	87,5	2,8
Aufwendungen Verfahren								
1. Erstattungen	– 2.567,7	– 2.531,1	– 486,1	– 448,5	– 3.053,8	– 2.979,6	– 74,3	2,5
2. Verbrauch von Rückstellungen (–)	1.073,8	1.020,6	44,0	40,7	1.117,8	1.061,3	56,4	5,3
3. Auflösung von Rückstellungen (–)	251,0	322,6	2,0	4,3	253,0	326,9	– 73,8	– 22,6
4. Zuführung zu Rückstellungen	– 1.343,1	– 1.357,5	– 48,0	– 46,0	– 1.391,1	– 1.403,5	12,4	– 0,9
5. Sonstige Aufwendungen	– 1,1	– 0,3	– 0,2	0,0	– 1,3	– 0,3	– 1,0	335,1
	– 2.587,1	– 2.545,7	– 488,3	– 449,5	– 3.075,4	– 2.995,2	– 80,2	2,7
Ergebnis der Verfahren	138,3	91,1	16,0	55,9	154,3	147,0	7,3	5,0
Betriebsergebnis	– 52,5	– 46,2	– 6,4	– 6,4	– 58,9	– 52,7	– 6,2	11,8
Jahresergebnis	85,8	44,9	9,6	49,5	95,4	94,3	1,1	1,1

* Im Verfahren Urlaub sind die Zahlen des Nassbaggerverfahrens enthalten: Beiträge 0,5 Mio. EUR (Vorjahr 0,5 Mio. EUR), Leistungen 0,5 Mio. EUR (Vorjahr 0,4 Mio. EUR).

** Nachtragsbuchungen aus den abgeschlossenen Verfahren (u. a. Lohnausgleich) sind in den Zahlen der Berufsausbildung enthalten.

Die Entwicklung der Beiträge ergibt sich insgesamt aus der Bruttolohnsummensteigerung von 3,9 %. Die Beitragsstagnation im Berufsbildungsverfahren ergibt sich aus der Beitragssatzreduktion von 2,2 % auf 1,9 % zur Jahresmitte.

Die leicht gestiegenen Leistungen im Urlaubsverfahren ergeben sich aus den Entwicklungen bei den Beiträgen und der Bruttolohnsumme. Wegen der gestiegenen Auszubildendenzahlen stiegen die Leistungen im Berufsbildungsverfahren gegenüber dem Vorjahr.

Die nicht beitragsbezogene Mindesturlaubsvergütung (MUV) betrug in diesem Jahr 170,0 Mio. EUR gegenüber 165,2 Mio. EUR im Vorjahr. Diese setzt sich zusammen aus 96,6 Mio. EUR MUV wegen Krankheit und 73,4 Mio. EUR MUV wegen KUG.

Für das Jahresergebnis der ULAK und die Erfüllung ihrer tarifvertraglichen Aufgaben ist aber neben der konkreten Entwicklung der Branche und der einzelnen Verfahren auch der Ergebnisbeitrag der Kapitalanlage und der Verwaltungskosten, insgesamt das Betriebsergebnis, von wesentlicher Bedeutung. Konkret enthält das Betriebsergebnis der ULAK folgende Positionen: Zinsen und ähnliche Erträge sowie Erträge aus sonstigen Leistungen, sonstige betriebliche Erträge, Personalaufwendungen, Abschreibungen, Zinsaufwendungen und übrige betriebliche Aufwendungen.

Das Betriebsergebnis liegt mit – 58,9 Mio. EUR unter dem des Vorjahres (– 52,7 Mio. EUR). Dabei stiegen die Aufwände aus Personalkosten (4,2 Mio. EUR) und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (6,8 Mio. EUR). Demgegenüber sanken die Abschreibungen (0,7 Mio. EUR) und Zinsen (0,7 Mio. EUR). Gleichzeitig stiegen die Erträge (3,3 Mio. EUR).

Die durchschnittliche Bruttoverzinsung aus den laufenden Erträgen sämtlicher Kapitalanlagen (Finanzanlagen und Immobilien) betrug 1,52 %.

Die Nettoverzinsung nach Zuschreibungen, Abschreibungen, Kursgewinnen, Gewinnen aus Anlagenabgängen und anteiligen Verwaltungskosten ohne die Einbeziehung der Zinsaufwendungen für die Sicherungskonten und verwaltungstechnischen Rückstellungen, bezogen auf den durchschnittlichen Kapitalanlagebestand, betrug bei einem Nettoergebnis von rund 36 Mio. EUR 1,31 %.

Vergleich zur Vorjahresprognose

Insgesamt wurde die Vorjahreserwartung von 100 Mio. EUR mit einem Jahresergebnis von 95,4 Mio. EUR nahezu exakt erfüllt. Dabei glichen sich die Abweichungen zwischen den Annahmen und den realen Verhältnissen unter anderem betreffend Bruttolohnsumme, Zahl der Auszubildenden, Beitragssatzhöhe und Kapitalanlageergebnis nahezu vollständig aus.

Investitionen

Die Investmententscheidungen bei der ULAK folgen einer Kapitalanlagestrategie inkl. Teilstrategien für alle Anlageklassen. Die ULAK wendet bei der Vermögensanlage die Vorschriften des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) sowie die von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) erlassene Verordnung zur Anlage des gebundenen Vermögens von Versicherungsunternehmen einschließlich der Hinweise, soweit es ihr Charakter als Sicherungskasse erlaubt, entsprechend an. Die Vorschriften dienen als verbindlicher Rahmen für die internen Anlagerichtlinien der ULAK, die im Kontext ihrer Risikotragfähigkeit eine möglichst hohe Sicherheit sowie Rentabilität bei angemessener Mischung und Streuung als Ziel haben. Dabei ist der Aspekt hoher Liquiditätsanforderungen bei der ULAK zu beachten. Die Entwicklung und die Zusammensetzung der Kapitalanlagen sind in den Aufstellungen zur Vermögenslage und im Anhang dargestellt.

Die Bewirtschaftung des Immobilienvermögens erfolgt zukunftsorientiert und gewährleistet mit einem eigenen Immobilienmanagement, das grundsätzlich auf Bestandserhaltung und eine nachhaltige Nutzung durch kontinuierliche Aufrechterhaltung oder Verbesserung des baulichen Zustands ausgerichtet ist, langfristige und nachhaltige Renditen. Die Immobilienstrategie beinhaltet eine Neuausrichtung des Immobilienportfolios der ULAK. Unter Berücksichtigung der Laufzeitstruktur der Passivseite soll der Anteil der direkt gehaltenen Immobilien an der Gesamtallokation strategisch auf 3 % reduziert werden. Bei der Vergabe und Ausführung von Instandhaltungsmaßnahmen wird konsequent darauf geachtet, dass Baubeteiligte die tarifvertraglichen Vorschriften der Bauwirtschaft einhalten.

Zur Diversifizierung des Immobilienportfolios sowie zur Stabilisierung der laufenden Rendite des Immobilienportfolios und zur Erschließung weiterer Renditechancen werden zusätzlich indirekte Immobilieninvestments mandatiert. In den Masterfonds werden neben Aktien- und Rentenstrategien auch Immobilien-, Private Equity- und Infrastrukturinvestments getätigt. Diese Investitionen verfolgen neben einer assetklassenspezifischen Diversifikation im Gesamtportfolio das Ziel, den erforderlichen Gesamtertrag langfristig sicherzustellen.

Kennzahlen

Nachfolgend werden wichtige Kennzahlen in einer Mehrjahresübersicht tabellarisch dargestellt. Soweit die Kennzahlen nicht aus der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ersichtlich sind, werden sie unterhalb der Tabelle erläutert.

		2025	2024	2023	2022	2021
Vermögenslage						
Beitragsforderungen	in Mio. EUR	417,3	329,1	320,5	283,6	279,4
Intensität der Beitragsforderungen ¹⁾	in %	12,4	10,4	10,4	9,7	10,3
Wertpapiere und liquide Mittel	in Mio. EUR	1.218	1.177	1.164	1.166	1.243
Intensität der Finanzanlagen ¹⁾	in %	36,1	37,1	37,7	39,7	46,0
Bilanzsumme	in Mio. EUR	3.374	3.175	3.090	2.934	2.700
Finanzlage						
Eigenkapitalquote ¹⁾	in %	15,3	13,3	10,6	8,1	6,9
Fremdkapitalquote ¹⁾	in %	84,7	86,7	89,4	91,9	93,1
Erstattungsverpflichtungen	in Mio. EUR	2.501	2.421	2.367	2.342	2.198
Sicherungskonten	in Mio. EUR	76	74	68	69	66
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	in Mio. EUR	102	106	97	236	141
<i>Darin: Cashflow aus den Verfahren²⁾</i>	<i>in Mio. EUR</i>	<i>147</i>	<i>174</i>	<i>152</i>	<i>280</i>	<i>191</i>
Ertragslage						
Beiträge	in Mio. EUR	3.230	3.142	3.166	3.086	2.725
Verfahrensergebnis	in Mio. EUR	154,3	147,0	142,0	105,6	140,0
Nettoergebnis aus den Kapitalanlagen ³⁾	in Mio. EUR	36	36	36	35	35
Verzinsung der Kapitalanlagen						
Durchschnittsverzinsung brutto ³⁾	in %	1,5	1,6	1,7	1,8	1,9
Durchschnittsverzinsung netto ³⁾	in %	1,3	1,4	1,4	1,5	1,7
Betriebsergebnis	in Mio. EUR	-58,9	-52,7	-53,6	-53,9	-61,2
Jahresüberschuss(-fehlbetrag)	in Mio. EUR	95,4	94,3	88,4	51,8	78,8
Sonstige Kennzahlen						
Personalaufwand						
(bereinigt um einmalige Effekte)	in Mio. EUR	67	63	67	69	64
Personalkostenquote ⁴⁾	in %	2,1	2,0	2,1	2,2	2,3
Vollzeitkapazitäten (VZK) am Jahresende ⁵⁾						
VZK SOKA-BAU	Anzahl	819	864	906	923	961
VZK Angestellte SOKA-BAU ⁶⁾	Anzahl	769	814	855	863	903
VZK Angestellte ULAK ⁷⁾	Anzahl	539	563	618	641	661
VZK Angestellte ULAK	in %	70,1	69,2	72,3	74,3	73,2
Bruttolohnsummen						
Inlandsverfahren (ohne Berlin)	in Mio. EUR	21.377	20.699	20.389	20.392	19.404
Veränderung zum Vorjahr	in %	3,3	1,5	0,0	5,1	1,5
Entsendeverfahren	in Mio. EUR	656	656	745	787	752
Veränderung zum Vorjahr	in %	0,1	-12,0	-5,4	4,6	5,5

1) In Prozent der Bilanzsumme.

2) Der Cashflow aus den Verfahren wird direkt aus den täglichen Kapitalflüssen ermittelt und ist Teil des Cashflows aus laufender Geschäftstätigkeit, der nach der indirekten Methode ermittelt wird.

3) Siehe Erläuterungen zur Ertragslage.

4) In Prozent der Beiträge.

5) Aktive Arbeitsverhältnisse, umgerechnet in Vollzeitkapazitäten.

6) VZK ohne Hausmeister, ohne Auszubildende.

7) VZK-Anteile der ULAK nach Auswertung der Mehrfacharbeitsverhältnisse.

Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage

Die trotz des herausfordernden Umfeldes positive Bruttolohnsummenentwicklung und die Verbesserungen in den Prozessen stärken weiter die Grundlage der ULAK. Insgesamt verfügt die ULAK zum Bilanzstichtag über ausreichende Liquiditätsreserven, um ihre tarifvertraglichen Leistungen erfüllen zu können.

Prognosebericht

Die Stimmung der Unternehmen des Bauhauptgewerbes hat sich seit vergangenem Herbst – und zuletzt verstärkt – aufgehellt. Sowohl die Lagebeurteilung als auch die Geschäftserwartungen verbesserten sich gleichermaßen. Die Reichweite der Aufträge verbesserte sich leicht, insbesondere im Hochbau.

Die Stimmungsaufhellung steht im Einklang mit der Entwicklung der Frühindikatoren. So sind die kostenmäßigen Baugenehmigungen im Hochbau im vergangenen Jahr deutlich gestiegen (+ 10,5 % im Vorjahresvergleich). In der zweiten Jahreshälfte konnten auch die volumenmäßigen Auftragseingänge (saison- und kalenderbereinigt) zulegen. Der Anstieg erstreckte sich dabei über alle Bausparten, war aber im Wohnungsbau besonders ausgeprägt.

Damit deutet sich erstmals seit fünf Jahren wieder eine Zunahme der Bautätigkeit an. Der Beschäftigungsaufbau wird aber vorerst noch schwach ausfallen und die Bruttolohnsumme vor diesem Hintergrund auch nur schwach zunehmen (+ 2,0 %).

Die Beitragssätze sind im kommenden Jahr unverändert zum Vorjahr; Urlaubsverfahren 15,1 % und Berufsbildungsverfahren 1,9 %.

Die Mindesturlaubsvergütungen erschweren eine Ergebnisprognose für das Geschäftsjahr, weil diese Ansprüche unabhängig von der Bruttolohnsumme entstehen. Die Aufwendungen für Mindesturlaubsvergütungen infolge von Krankheit entwickelten sich im Vorjahr relativ gleichmäßig und werden deshalb

linear hochgerechnet, die Aufwendungen für die Mindesturlaubsvergütungen wegen KUG-Bezug können sich jedoch witterungs- und auftragsbedingt in den Geschäftsjahren sehr unterschiedlich entwickeln. Seit 2023 greifen zudem tarifvertragliche Änderungen. Insbesondere wird die Mindesturlaubsvergütung bei Bezug von KUG ab der ersten Ausfallstunde und unabhängig vom Zeitpunkt im Jahr gewährt. In Summe wird erwartet, dass sich die Gewährungen für Mindesturlaubsvergütungen insgesamt mit rund 173 Mio. EUR auf dem Niveau des abgelaufenen Jahres bewegen.

Im Berufsbildungsverfahren wird gegenüber 2026 eine weiter leicht erhöhte Zahl an neuen Ausbildungsverhältnissen auf dem Niveau von 2025 unterstellt. Weiterhin werden moderate tarifliche Steigerungen und eine Abrufquote wie im Berichtsjahr angesetzt.

Wir erwarten auf Basis der aktuellen Entwicklungen ein Betriebsergebnis von – 56,0 Mio. EUR.

Mit diesen Annahmen ergibt sich für die ULAK insgesamt eine Jahresunterdeckung von 35 Mio. EUR und eine Senkung des Eigenkapitals auf 482 Mio. EUR.

Bei dieser Prognose ist keine Verschlechterung der Beitragslage (z. B. Zahlungsquoten, massive Arbeitsreduktionen der Baufirmen) oder eine Ausweitung des Leistungsspektrums berücksichtigt.

Die ULAK verfügt unter diesen Annahmen zum Bilanzstichtag und nach der aktuellen Kapitalertrags- und Kapitalflussplanung für das kommende Jahr über ausreichende Liquiditätsreserven, um die tarifvertraglichen Leistungen zu erbringen.

Chancen- und Risikobericht

Risikomanagement

Risikomanagement ist ein wesentliches Element zur:

- Sicherstellung der jederzeitigen Erfüllbarkeit der eingegangenen Verpflichtungen und
- Existenz- und Ertragssicherung der ULAK.

Es beinhaltet die systematische Erfassung, Bewertung, Steuerung und Überwachung von Risiken.

Der Vorstand trägt die Gesamtverantwortung für das Risikomanagement. Er legt die Unternehmensziele und Strategien sowie die darin eingebetteten Risikomanagementziele für die Unternehmensplanung fest. Er ist verantwortlich für Früherkennung und Abwendung von Risiken, die geeignet sind, den Fortbestand des Unternehmens zu gefährden. Hierzu hat er die im Risikomanagement-Handbuch dokumentierten Verfahren und Maßnahmen erarbeiten lassen. Dazu gehört auch die Limitierung der einzugehenden wesentlichen Risiken im Rahmen der jährlich neu zu erfolgenden Festlegung der Risikodeckungsmasse. Die im Risikomanagement-Handbuch beschriebenen angemessenen Grundsätze, Definitionen, Methoden und Aufgaben werden in ihrer Anwendung überwacht.

Den Rahmen für das Risikomanagement bildet die durch den Vorstand formulierte Risikostrategie. Sie hat die Leitlinienfunktion im Umgang mit den Risiken und Chancen und leitet sich aus der aktuell gültigen Geschäftsstrategie ab.

Risiko ist definiert als die Möglichkeit des Nichterreichens eines explizit formulierten oder sich implizit ergebenden Zieles. Der Effekt bestehender Risiken wird sowohl im Einfluss auf das ökonomische Deckungspotenzial (marktwertig) als auch auf die kurz-, mittel- und langfristige Gewinn- und Verlustrechnung (HGB-Sicht) betrachtet.

Im Vergleich zum Vorjahr ergaben sich in den Methoden und Verfahren keine wesentlichen Veränderungen. Alle direkten Risikomanagementfunktionen wie das hausweite Risikomanagement, das Kapitalanlagen-Risikocontrolling und das Asset Liability Management bis hin zur unabhängigen Risikocontrollingfunktion sind im Bereich Finanzen und Risiko gebündelt. Die Prüfung des Risikomanagementsystems erfolgt durch die interne Revision.

Risikokategorien

Folgende Risikokategorien werden berücksichtigt:

- Marktrisiken,
- Kreditrisiken,
- Konzentrationsrisiken,
- Liquiditätsrisiken,
- strategische Risiken,
- operationelle Risiken und
- Reputationsrisiken.

Risiken aus den Kapitalanlagen – Markt-, Kredit-, Konzentrations- und Liquiditätsrisiko

Allgemeine Grundsätze der Portfoliokonstruktion

Die ULAK ist sich ihrer Verantwortung aus der Leistungsfunktion bewusst. Daher ist ihre Strategie in der Kapitalanlage auf Substanzerhaltung und Verlustvermeidung ausgerichtet.

Im Rahmen der Anlagestrategie werden ökologische, soziale und ethische Grundsätze als relevante Faktoren ausdrücklich berücksichtigt. Ein zunehmend wichtiges Thema neben den bereits risikomindernd vorliegenden dynamischen Ausschlusslisten für die Kapitalanlagegeschäfte stellt daher das verbesserte Monitoring von Nachhaltigkeitsrisiken (ESG-Risiken) der Kapitalanlagen dar.

Diese beeinflussen ebenfalls die mittel- bis langfristige Entwicklung der Markt- und Kreditrisiken. Darüber hinaus haben sie Einfluss auf die Entwicklung der Reputationsrisiken. Sie werden daher in der Praxis bereits heute umfangreich gesteuert und zu einer Gesamtindexzahl aggregiert, die monatlich berichtet wird. Aus ihr ergibt sich aktuell kein Hinweis auf eine Gefährdung. Mittel- bis langfristig könnte das Risiko aber weiter steigen.

Als Risikomaßnahmen bestehen bereits anzuwendende Ausschlusskriterien, die in dynamischen Ausschlusslisten für die Kapitalanlagegeschäfte münden. Der weitergehende Gedanke des Social Investing und des Impact Investing wird nicht zuletzt im Zusammenhang mit der geschäftspolitischen sozialen Gesamtausrichtung der ULAK immer stärker einbezogen. Konkret operationalisiert wird das insbesondere über diesbezügliche Bewertungen der im Bestand befindlichen Immobilien, Einbeziehung von Fragebogen-Ergebnissen bei Investitionsentscheidungen zu indirekten

Immobilien und Private Equity, Einbeziehung der ESG-Kriterien im Rahmen der Manager-Selektionsprozesse für die indirekten liquiden Anlagen, interne ESG-Screenings potenzieller Investitionen und das laufende Monitoring der ESG-Ratings der im Bestand befindlichen Investments.

Marktrisiko

Das Marktrisiko bezeichnet das Risiko, das sich direkt oder indirekt aus Schwankungen der Marktpreise für die Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumente ergibt. Es umfasst die allgemeinen Marktrisiken, entstehend durch Schwankungen der verwendeten Zinskurven, der verwendeten Aktienindizes, der Währungskurse, der Immobilienpreise, und die spezifischen Marktrisiken, entstehend durch Schwankungen der emittentenspezifischen Spreads über den Zinskurven sowie der individuellen Aktienkurse gegenüber den Aktienindizes.

Das ökonomische Marktrisiko der ULAK liegt in steigenden Zinsen. Zur Überwachung der ökonomischen Risiken werden monatliche Value-at-Risk-Kennziffern mit einer Haltedauer von einem Jahr und einem 99,5 %-Konfidenzniveau berichtet. Das Marktrisiken-Teillimit ist zum 31.12.2025 zu 18,4 % ausgelastet.

In der bilanziellen Perspektive liegt das kurzfristige auf die Gewinn- und Verlustrechnung wirkende Risiko der ULAK in Kursveränderungen, welche zu Abschreibungen führen können. Im Anlagevermögen entstehen diese aufgrund der Bilanzierung nach gemildertem Niederstwertprinzip insbesondere durch Bonitätsveränderungen, die zu deutlichen Spreadausweitungen führen. Das Risiko sinkender Zinsen manifestiert sich langfristig im Rahmen des Wiederanlagerisikos. Dieses wird im Rahmen von mehrjährigen Prognoserechnungen betrachtet.

Die bilanziellen Risiken aus den Kapitalanlagen sind im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Dies resultiert aus den im laufenden Jahr gestiegenen stillen Reserven in den Fonds. Basierend auf den ALM-Analysen wird auch über die nächsten Jahre mit einer ausreichend positiven Entwicklung der Reserven der Kapitalanlage gerechnet.

Kreditrisiko

Das Kreditrisiko ist das Risiko einer Verschlechterung der Zahlungsfähigkeit bis hin zum totalen Ausfall eines Emittenten bzw. Geschäftspartners. Neben dem spezifischen Zinsrisiko des Marktrisikos wird zusätzlich in der bilanziellen Perspektive das Kreditrisiko unter Verwendung des Kreditrisiko-Standardansatzes nach Basel III betrachtet und angemessen limitiert. Das gesetzte Limit wurde jederzeit deutlich unterschritten.

Konzentrationsrisiko

Das Konzentrationsrisiko wird über die größten Kreditrisiken einzelner Emittenten als Bestandteil des Kreditrisikos überwacht. Durch die breite Streuung zwischen Emittenten besteht in diesem Zusammenhang aktuell kein wesentliches Risiko für die ULAK.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko wird durch die Anlagepolitik und Finanzplanung sehr gering gehalten. Um jedoch einen umfassenden Blick über alle Risiken zu gewinnen, ist ein Report über das Liquiditätsrisiko im Einsatz. Dieser ermittelt eine LCR-Quote (Liquidity Coverage Ratio) und orientiert sich dabei an einer durch die EIOPA entwickelten Systematik. Eine ausreichende Quote war zu jeder Zeit gegeben.

Strategische Risiken

Das strategische Risiko ist das Risiko einer unerwarteten nachteiligen und nachhaltigen Veränderung im Unternehmenswert, die dadurch entsteht, dass strategische Managemententscheidungen nachhaltig negative Folgen haben. Bei der ULAK gehören neben dem Beitragsrisiko noch weitere Risiken aus der Änderung der Gesetzgebung und Rechtsprechung zu dieser Kategorie, sofern sie existenzielle beitragsbezogene Voraussetzungen berühren. Die Haupteinflussfaktoren auf das Beitragsrisiko, z. B. Abrufquoten, Beitragsdeckungen oder Bruttolohnsummen, werden unterjährig überwacht. Die Bruttolohnsummenentwicklung ist bisher noch weiterhin positiv und wirkt kompensatorisch. Das Beitragsrisiko kann sich jedoch bereits absehbar zunehmend manifestieren und insbesondere zu einer zunehmenden Gefahr entwickeln, wenn sich der Bausektor konjunkturell nachhaltig negativ entwickeln sollte.

Strategische Risiken entziehen sich oftmals einer exakten quantitativen Bewertung. Dennoch werden sie mittels qualifizierter Schätzungen der Bewertung zugänglich gemacht. Neben einem maximalen Schadenswert wird dabei eine Eintrittswahrscheinlichkeit geschätzt.

Für die ULAK spielt das strategische Risiko durch die besondere Bedeutung der Allgemeinverbindlicherklärung (AVE) der Sozialkassentarifverträge und die starke Abhängigkeit von ihren Trägern und der Politik eine besonders große Rolle. Es stammt überwiegend aus dem Unternehmensumfeld und ist nur schwer direkt beeinflussbar, jedoch im Extremfall potenziell existenzbedrohend. Es bedarf daher jederzeit der besonderen Aufmerksamkeit.

Das gilt insbesondere im Zusammenhang mit den aktuell erneut auftretenden politischen Angriffen auf die Sozialkassenverfahren im Bauhaupt- und Bauneben-gewerbe. Der Vorstand und die Tarifvertragsparteien der Bauwirtschaft beobachten diese Entwicklungen sehr genau und stehen dazu im engen Austausch.

Die AVE als strategisch bedeutsames wichtiges Instrument für einen langfristigen Erfolg der ULAK ist die Voraussetzung dafür, dass sie Beiträge von allen Baubetrieben – unabhängig von deren Mitgliedschaft in einem Arbeitgeberverband – erheben kann. Durch

das Sozialkassenverfahrensicherungsgesetz (SokaSiG) und das Tarifautonomiestärkungsgesetz (TASG) sowie durch die Beschlüsse und die dabei entwickelten Grundsätze des BAG ist das Risiko der Unwirksamkeit vergangener bzw. Nichterteilung zukünftiger AVEen weiterhin sehr unwahrscheinlich.

Operationelle Risiken

Zu den wesentlichen operationellen Risiken der ULAK gehören Risiken aus dem aktuellen Projektportfolio, aber auch allein durch eine anhaltend hohe allgemeine Bedrohungslage durch Cyberangriffe potenziell steigende Risiken aus dem Informations- und Kommunikationsumfeld (IKT-Risiken). Das gesondert ausgewiesene Datenschutzrisiko ist aktuell wesentlich. Aktuell bestehende Rechtsstreitigkeiten beim Arbeitsgericht zwischen Betriebsrat und Arbeitgeber führen zu neuen wesentlichen operationellen Rechtsrisiken.

Besondere Beachtung finden aber auch aktuell zumindest z. T. auch wesentliche operationelle Risiken aus dem Personal-Umfeld. Die verwendete Bewertungsmethodik entspricht der Darstellung zu den strategischen Risiken.

Im Zusammenhang mit dem Projektportfolio besteht ein wesentliches Risiko zum einen in der Überziehung des Gesamtprojektbudgets und zum anderen in einem potenziellen Nutzenentgang. Im Projektportfolio sind überwiegend strategische, regulatorische oder den Tarifvertrag betreffende Projekte oder betriebssichernde Projekte enthalten. Während die strategischen und tarifvertraglichen Projekte aufgrund der potenziell existenzbedrohenden Wirkung erfolgreich sein müssen, vermindern die betriebssichernden IT-Projekte insbesondere die identifizierten IKT-Ausfall-, IKT-Integritäts- und IKT-Innovationsrisiken. Als Maßnahmen zur Risikobegrenzung existieren neben einer rollierenden, agilen und dynamischen Projektportfolio-Bearbeitung eine auf projektinternen Risikolisten basierende Risikosteuerung. Trotzdem bestehen insbesondere infolge des Transformationsprozesses „SOKA-BAU 2.0“ neben den Chancen aus Digitalisierung und Serviceorientierung auch noch weitere wesentliche Nichtumsetzungsrisiken, die sich realisieren könnten.

Die Risiken sind aktuell aus der Risikodeckungsmasse ausreichend und angemessen abgedeckt. Das Teillimit für die operationellen und strategischen Risiken ist zum 31.12.2025 zu 68,6 % ausgelastet.

Reputationsrisiken

Die Bewertung der Reputationsrisiken in Form einer möglichen Beschädigung des Rufes der ULAK erfolgt durch eine Expertenschätzung rein qualitativ über eine wirkungsbezogene fünfstufige Skala in Verbindung mit Eintrittswahrscheinlichkeiten. Im Extremfall potenziell existenzbedrohende Reputationsrisiken bestehen mit einer sehr geringen Eintrittswahrscheinlichkeit im Umfeld des Projektportfolios und der Geschäftspartner-erfassung. Ebenfalls wesentlich bleibt das auch weiterhin über temporäre Funktions- und Produktionseinschränkungen sowie projekt- bzw. migrationsbedingte Mehraufwände etwas erhöhte Reputationsrisiko des laufenden Produktionsbetriebes. Wichtige Einflussgrößen werden über Risikoindikatoren überwacht. Die Rechtsstreitigkeiten beim Arbeitsgericht zwischen Betriebsrat und Arbeitgeber führen als Folge des operationellen Risikos ebenfalls zu neuen wesentlichen Reputationsrisiken. SOKA-BAU strebt nach drei erstinstanzlich verlorenen Verfahren rechtskräftige Entscheidungen vor der nächsthöheren Instanz, dem Landesarbeitsgericht Frankfurt, an. Das Ergebnis ist derzeit offen.

Weitere potenziell wesentliche Reputationsrisiken werden auch im Zusammenhang mit ESG-Risiken aktuell in den Geschäftsprozessen nicht gesehen.

Eine konsequente Umsetzung der Service-Maßnahmen zum Erreichen der in der Strategie als übergreifendes Ziel formulierten Zufriedenheit der Kunden stellt mittel- bis langfristig eine Chance zur Minderung der Reputationsrisiken dar.

Zusammenfassende Darstellung der Chancen- und Risikolage – Risikotragfähigkeit

Chancen- und Risikolage

Mindestens kurzfristig bleibt die Risikotragfähigkeit trotz der seit dem 01.07.2025 nochmals reduzierten Beitragssätze entspannt. Für das kommende Jahr 2026 wird ein weiterer Anstieg des Risikodeckungspotenzials erwartet. Eine Gefahr bleibt grundsätzlich nahezu unverändert das Beitragsrisiko, wenn sich der Bausektor konjunkturell nachhaltig negativ entwickeln sollte. Mittelfristig bleibt die Situation aus Risikosicht daher angespannt. Insbesondere die langfristige Prognose bleibt aufgrund des kurzfristigen Geschäftsmodells weiterhin mit Risiken belastet.

Es liegen keine wesentlichen Veränderungen der Risiken gegenüber dem Vorjahr vor. Neben den bereits kurzfristig potenziell auf das Jahresergebnis wirkenden operationellen Risiken überwiegen mittel- bis langfristig Chancen zur nachhaltigen Verbesserung der Performance und Kostensenkung des Geschäftsbetriebes. Der in der strategischen Ausrichtung thematisierte Begriff der Digitalisierung umfasst den Wandel von Prozessen und Wertschöpfungsketten durch neue technische Methoden und Möglichkeiten. Darin liegt vor allem die Chance, auch weiter zunehmend über neue Wege mit den Kunden zu kommunizieren, vermeidbare Kunden-anliegen weiter zu reduzieren und dadurch die Kundenakzeptanz zu stärken.

Auf Dauer potenziell bestandsgefährdende Risiken werden weiterhin besonders aufmerksam gesteuert. Eine unmittelbare Bestandsgefährdung ist aktuell nicht abzuleiten.

Risikotragfähigkeit

Der Nachweis der ökonomischen Risikotragfähigkeit erfolgt über das ökonomische Risikodeckungspotenzial und die daraus festgelegte Risikodeckungsmasse, die für das Eingehen der Risiken zur Verfügung gestellt wird. Dabei wird die Aktivseite den Verbindlichkeiten marktnah gegenübergestellt.

Die als zusätzliches Risikodeckungspotenzial bestehende Rücklage für zukünftige tarifliche Verpflichtungen soll vorsichtshalber nur anteilig für das Eingehen ökonomischer Risiken verwendet werden.

Alle Risiken werden dieser ökonomischen Risikodeckungsmasse mit ihren Value-at-Risk-Schadenshöhen, mit einer Haltedauer von einem Jahr und 99,5 % Konfidenzniveau oder diesen näherungsweise entsprechenden Werten aus den Expertenschätzungen gegenübergestellt. Den überwiegenden Beitrag leisten die Marktrisiken, gefolgt von den Beitragsrisiken. Weniger relevant sind die operationellen Risiken.

Für die einzelnen Risikokategorien werden aus der Risikodeckungsmasse (Teil-)Limite abgeleitet, die in regelmäßigen Abständen überwacht werden. Für die Marktrisiken erfolgt die Überwachung monatlich im Risikobericht der Kapitalanlagen. Operationelle Risiken werden im Rahmen des Risikomanagementberichts des gesamten Unternehmens quartalsweise ausgewiesen.

Auf die gewählten Limite werden unterjährig aufgetretene Verluste/Schadensfälle angerechnet.

Insgesamt war die Risikotragfähigkeit während des gesamten Jahres 2025 jederzeit gegeben. Zum 31.12.2025 war die festgelegte Risikodeckungsmasse zu 27,2 % ausgelastet. Für 2026 ist weiterhin von einer gegebenen Risikotragfähigkeit auszugehen.

Bilanz zum 31.12.2025

AKTIVSEITE			Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	TEUR
A. Anlagevermögen			1.659.420.736,40	1.604.138
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		1.498.435,00		1.862
1. Entgeltlich erworbene EDV-Software	1.378.483,00			1.743
2. Geleistete Anzahlungen	119.952,00			120
II. Sachanlagen		100.387.426,54		100.238
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	56.931.704,63			58.057
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	7.631.930,00			7.361
3. Anlagen im Bau	35.823.791,91			34.820
III. Finanzanlagen		1.557.534.874,86		1.502.038
1. Wertpapiere des Anlagevermögens	1.557.534.874,86			1.502.038
B. Umlaufvermögen			1.714.220.100,40	1.570.973
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		496.100.387,30		394.186
1. Beitragsforderungen	417.321.997,21			329.144
2. Sonstige Vermögensgegenstände	78.778.390,09			65.042
II. Wertpapiere		1.146.371.327,62		1.086.088
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		71.748.385,48		90.700
			3.373.640.836,80	3.175.111

PASSIVSEITE			Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	TEUR
A. Eigenkapital			516.911.989,13	421.489
Gewinnrücklagen				
1. Risikorücklage		59.038.714,64		55.564
2. Rücklage für zukünftige tarifliche Verpflichtungen		457.873.274,49		365.924
B. Rückstellungen			2.096.067.435,55	2.075.677
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		211.830.137,79		211.515
2. Steuerrückstellungen		36.500,00		98
3. Sonstige Rückstellungen		1.877.147.028,47		1.857.204
3.1. Rückstellungen für Erstattungen				
3.1.1. Urlaub	1.824.189.770,00			1.806.193
3.1.2. Berufsausbildung	52.000.000,00			50.000
3.1.3. Nassbaggervverfahren	957.258,47			1.010
3.2. Andere sonstige Rückstellungen		7.053.769,29		6.861
C. Verbindlichkeiten			760.661.412,12	677.946
1. Erstattungsverbindlichkeiten		624.118.502,22		563.277
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		3.857.573,31		4.712
3. Sonstige Verbindlichkeiten, davon aus Steuern 2.534.191,00 EUR (Vj. 2.654.335,19 EUR) davon im Rahmen der sozialen Sicherheit – 1.084,96 EUR (Vj. 39.628,33 EUR)		132.685.336,59		109.957
			3.373.640.836,80	3.175.111

Der Unterschiedsbetrag gemäß § 253 Abs. 6 HGB (Pensionsrückstellungen) beträgt – 5.778.515 EUR.
Dieser Betrag darf nicht zusätzlich ausgeschüttet werden.

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 01.01. bis zum 31.12.2025

	EUR	EUR	EUR	Vorjahr TEUR
1. Beiträge		3.229.708.367,74		3.142.197
2. Zinsen und ähnliche Erträge sowie Erträge aus sonstigen Leistungen		64.529.500,95		63.015
3. Sonstige betriebliche Erträge		3.552.931,53		1.744
			3.297.790.800,22	
4. Aufwendungen Verfahren		3.075.386.609,02		2.995.167
5. Personalaufwand		66.806.642,18		
5.1. Löhne und Gehälter	50.584.531,61			49.154
5.2. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	16.222.110,57			13.438
Davon für Altersversorgung 6.724.077,34 EUR (Vorjahr 4.007.380,09 EUR)				
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		5.352.220,28		5.543
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen		52.652.983,51		45.902
8. Abschreibungen auf Wertpapiere des Umlaufvermögens und Finanzlagen		1.342.149,22		1.884
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		710.376,43		1.394
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		116.520,99		124
			3.202.367.501,63	
11. Ergebnis nach Steuern			95.423.298,59	94.350
12. Entnahme aus den/Einstellungen in die Gewinnrücklagen			95.423.298,59	94.350
13. Bilanzergebnis			0,00	0

Anhang

Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss

Der Jahresabschluss zum 31.12.2025 ist nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) in der Fassung des Bilanzrichtlinien-Umsetzungsgesetzes aufgestellt, da gemäß § 7 Nr. 1.1 der Satzung die für Aktiengesellschaften geltenden Bilanzierungsvorschriften beachtet werden sollen und die für Pensionskassen geltenden Bewertungsvorschriften anzuwenden sind.

Die Gliederung der Bilanz entspricht § 266 HGB. Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde im Sinne des § 275 Abs. 2 HGB nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt. Besonderheiten, die sich aus der Geschäftstätigkeit ULAK ergeben, wurden berücksichtigt. Bestimmte Positionen in Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung wurden daher in Anlehnung an § 265 Abs. 5 und 6 HGB angepasst.

Nachtragsbericht

Es gibt keinen Nachtragsbericht.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bilanzierung und Bewertung des Anlagevermögens

Immaterielle Vermögensgegenstände

Die immateriellen Vermögensgegenstände sind zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bilanziert. Der Abschreibungszeitraum beträgt drei Jahre, d. h., sie werden mit 33,3 % abgeschrieben.

Sachanlagen

Das Sachanlagevermögen wird mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich planmäßiger linearer Abschreibungen bewertet (fortgeführte Anschaffungskosten).

Die linearen Abschreibungen werden auf der Grundlage der erwarteten Nutzungsdauer, der Zeit bis zur Endfälligkeit dieser Vermögensgegenstände und mit dem Nominalwert als Restwert ermittelt und mit dem Anschaffungsmonat beginnend zeitanteilig vorgenommen. Für ein Gewerbeobjekt wird eine Restnutzungsdauer von 30 Jahren angenommen. Den Abschreibungen der Wohngebäude liegen Nutzungsdauern von 40 oder 50 Jahren zugrunde.

Anlagegüter mit Anschaffungskosten bis zu 800 EUR werden im Jahr der Anschaffung in voller Höhe abgeschrieben.

Finanzanlagen

Das Finanzanlagevermögen wird mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich planmäßiger linearer Abschreibungen bewertet (fortgeführte Anschaffungskosten). Die linearen Abschreibungen werden auf der Grundlage der erwarteten Nutzungsdauer, der Zeit bis zur Endfälligkeit dieser Vermögensgegenstände und mit dem Nominalwert als Restwert ermittelt und mit dem Anschaffungsmonat beginnend zeitanteilig vorgenommen.

Die linearen Abschreibungen werden auf der Grundlage der erwarteten Nutzungsdauer, der Zeit bis zur Endfälligkeit dieser Vermögensgegenstände und mit dem Nominalwert als Restwert ermittelt und mit dem Anschaffungsmonat beginnend zeitanteilig vorgenommen.

Bilanzierung und Bewertung des Umlaufvermögens

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Der Ansatz der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände erfolgt zum Nominalwert oder zu dem am Stichtag niedrigeren beizulegenden Wert.

Die Beitragsforderungen werden zum Nennwert angesetzt, abzüglich angemessener Wertberichtigungen. Die Pauschalwertberichtigung ermittelt sich anhand empirischer Erhebungen der Forderungsausfälle der vergangenen Jahre.

Die in den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesenen Zinsabgrenzungen, Forderungen aus der Immobilienverwaltung und anderen Forderungen werden mit ihrem Nominalbetrag angesetzt. Erforderliche Abschreibungen bzw. Einzelabwertungen werden in angemessener Höhe vorgenommen.

Wertguthaben aus Lebensarbeitszeitkonten von Mitarbeitern wurden zur Absicherung an einen rechtlich selbstständigen Treuhänder übertragen. Der beizulegende Zeitwert der über Lebensversicherungsverträge rückgedeckten Wertguthaben entspricht den Aktivwerten der Lebensversicherungsverträge zum 31.12.2025. Das Deckungsvermögen für die kongruent bestehende Verpflichtung wurde mit dieser Verpflichtung gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB verrechnet.

Wertpapiere

Die festverzinslichen Wertpapiere und die Investmentanteile des Umlaufvermögens sind mit den Anschaffungskosten gemäß § 253 Abs. 1 HGB angesetzt oder mit den niedrigeren Börsen- oder Marktpreisen am Abschlussstichtag gemäß § 253 Abs. 4 HGB bewertet. Wenn die Gründe für eine Abwertung entfallen, werden entsprechende Zuschreibungen vorgenommen.

Namensschuldverschreibungen des Umlaufvermögens werden gemäß § 341 c Abs. 1 HGB mit ihrem Nennbetrag angesetzt. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten für höhere Anschaffungskosten werden nicht gebildet.

Schuldscheinforderungen des Umlaufvermögens werden gemäß § 341 c Abs. 3 HGB mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Zur Berechnung der kumulierten Amortisation bei Unterschieden zwischen den Anschaffungskosten und den Rückzahlungsbeiträgen wird die Effektivzinsmethode angewendet.

Im Falle eines Tauschgeschäftes werden die handelsrechtlichen Tauschgrundsätze beachtet. Dabei erfolgt die Bilanzierung nach der Methode der Buchwertfortführung, nach der die Buchwerte der abgegebenen Wertpapiere als Anschaffungskosten der erhaltenen (eingetauschten) Wertpapiere fortgeführt werden.

Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten

Die Kassenbestände und die Guthaben bei Kreditinstituten werden zum Nominalwert angesetzt.

Rückstellungen

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Pensionsrückstellungen werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt. Die Bewertung erfolgt nach dem versicherungsmathematischen Anwartschaftsbarwertverfahren unter Berücksichtigung von erwarteten zukünftigen Lohn- und Gehaltssteigerungen sowie Rentenanpassungen. Für die Abzinsung wurde pauschal eine durchschnittliche Restlaufzeit von 15 Jahren unterstellt und dafür der von der Deutschen Bundesbank auf den Bilanzstichtag ermittelte durchschnittliche Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre angesetzt.

Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt. Künftige Preis- und Kostensteigerungen werden hierbei berücksichtigt. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als

einem Jahr werden nach den Regeln gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst. Der Zinssatz wird durch die Deutsche Bundesbank ermittelt und bereitgestellt.

Die Verpflichtungen aus Lebensarbeitszeitkonten von Mitarbeitern werden mit dem kongruent bestehenden Deckungsvermögen, das zur Absicherung an einen rechtlich selbstständigen Treuhänder übertragen worden ist, gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB verrechnet.

Die Rückstellungen für Jubiläumszahlungen werden nach dem versicherungsmathematischen Anwartschaftsbarwertverfahren unter Berücksichtigung von erwarteten zukünftigen Lohn- und Gehaltssteigerungen

berechnet. Für die Abzinsung wird entsprechend dem Wahlrecht nach § 253 Abs. 2 HGB der von der Deutschen Bundesbank veröffentlichte durchschnittliche Marktzinssatz berücksichtigt, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten werden mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Fremdwährungen

Die auf Fremdwährung lautenden Vermögensgegenstände und Schulden werden nach § 256 a HGB mit dem Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag umgerechnet.

Angaben zur Bilanz

Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2025

	ANSCHAFFUNGS-, HERSTELLUNGSKOSTEN			ABSCHREIBUNGEN			BILANZWERTE	
	01.01. 2025	Zugänge (-) Abgänge/ (U) Umbuchungen	31.12. 2025	01.01. 2025	Zugänge (-) Abgänge/ (U) Umbuchungen	31.12. 2025	31.12. 2025	31.12. 2024
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Immaterielle Vermögensgegenstände								
1. Entgeltlich erworbene EDV-Software	21.032	451 0	21.483	19.290	815 0	20.105	1.378	1.742
2. Geleistete Anzahlungen	6.216	0	6.216	6.096*	0*	6.096	120	120
Sachanlagevermögen								
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	74.602	U 0	74.602	16.544	U 0	17.669	56.933	58.058
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	41.658	U 3.665 - 302 0	45.021	34.297	U 3.393 - 300 0	37.390	7.631	7.361
3. Anlagen im Bau	34.820	U 1.004 0 0	35.824	0	U 0 0 0	0	35.824	34.820
Finanzanlagen								
1. Wertpapiere des Anlagevermögens	1.511.996	U 343.724 - 287.110 0	1.568.610	9.958	U 1.117 0 0	11.075	1.557.535	1.502.038
Anlagevermögen	1.690.324	348.844** - 287.412	1.751.756	86.185	6.450** - 300	92.335	1.659.421	1.604.139

* Außerplanmäßige Abschreibungen.

** Ohne direkt abgeschriebene geringwertige Wirtschaftsgüter in Höhe von 18 TEUR.

Entwicklung der Wertpapiere und der flüssigen Mittel

	Bilanzwert 01.01.2025	Zugänge	Abgänge	Abschrei- bungen*	Zuschrei- bungen	Bilanzwert 31.12.2025
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	956.201	75.200	0	0	0	1.031.401
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.521.924	373.665	326.967	1.117	0	1.567.505
a) Namensschuldverschreibungen	70.000	0	5.000	0	0	65.000
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	40.000	0	0	0	0	40.000
Wertpapiere	2.588.125	448.865	331.967	1.117	0	2.703.906
Einlagen bei Kreditinstituten	0	0	0	0	0	0
Laufende Bankguthaben und Kassenbestand	90.700	0	18.951	0	0	71.749
Guthaben bei Kreditinstituten und Kassenbestand	90.700	0	18.951	0	0	71.749
Wertpapiere und flüssige Mittel	2.678.825	448.865	350.918	1.117	0	2.775.655

* Die Abschreibungen von 1.117 TEUR betreffen Bewertungsabschläge im Anlagevermögen (ratierliche zeitbezogene Abschreibung) zum Bilanzstichtag.

Die ULAK hielt zum Bilanzstichtag 100% an zwei durch eine Kapitalverwaltungsgesellschaft verwalteten Master-Fonds (Buchwert 1.031.401 TEUR und Marktwert 1.208.649 TEUR, Ausschüttung im Geschäftsjahr 5.400 TEUR). Dem Master-Fonds wurden zusätzliche Mittel (inkl. Ausschüttung) in Höhe von 75.200 TEUR zugeführt.

Eigenkapital

Die Jahresüberdeckung in Höhe von 95.423 TEUR (Vorjahr Jahresüberdeckung 94.350 TEUR) wurde satzungsgemäß der Risikorücklage sowie der Rücklage für zukünftige tarifliche Verpflichtungen zugeführt.

Die Risikorücklage dient zum Ausgleich besonderer Risiken aus dem laufenden Geschäftsbetrieb, die über die Planung des Sozialkassenbeitrages hinausgehen, insbesondere des Kapitalanlagerisikos. Sie wurde in 2023 dynamisiert und ist satzungsgemäß jährlich auf 1,75 % der Bilanzsumme zu erhöhen und beträgt zum Abschluss 59.039 TEUR (Vorjahr 55.564 TEUR).

Die Rücklage für zukünftige tarifliche Verpflichtungen betrug zum Bilanzstichtag 457.837 TEUR (Vorjahr 365.924 TEUR).

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Der Bewertung lagen in den versicherungsmathematischen Gutachten folgende Annahmen zugrunde (die Vorjahreswerte sind angegeben, soweit sie sich geändert haben):

Dynamik der anrechenbaren Bezüge	2,0 %
Anpassung lfd. Renten	1,5 % / 2,5 %
Rechnungszins	2,06 % (Vorjahr 1,90 %)
Sterblichkeit	„RT 2018 G“ von Klaus Heubeck

Die Anteile von Pensionsansprüchen, die nicht vom Pensions-Sicherungs-Verein gegen Insolvenz gesichert sind, werden zur Absicherung an einen rechtlich selbstständigen Treuhänder übertragen.

Der Ausweis der Pensionsrückstellungen ist um das Deckungsvermögen in Höhe von 2.336 TEUR (Vorjahr 2.255 TEUR) vermindert. Darin ist eine periodische Entwicklung in Höhe von 81 TEUR (kumuliert 2.092 TEUR) enthalten, die nicht mit den Zinszuführungen zu den Pensionsrückstellungen verrechnet worden ist.

Sonstige Rückstellungen

Rückstellungen für Erstattungen

Die Rückstellungen für Erstattungen stehen für erwartete Inanspruchnahmen aus der Durchführung der tarifvertraglich vereinbarten Verfahren für Urlaub im inländischen sowie Entsendeverfahren, Berufsausbildung und das Nassbaggergewerbe. Die Rückstellungen werden aufgrund der kurzen Restlaufzeit nicht abgezinst. Sie entwickelten sich wie folgt:

	Stand 01.01.2025	Verbrauch	Auflösung	Verrechnung	Zuführung	Stand 31.12.2025
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Urlaub	1.806,2	1.073,4	251,0	-0,4	1.342,8	1.824,2
Berufsausbildung	50,0	44,0	2,0	-	48,0	52,0
Nassbaggerverfahren	1,0	0,4	-	-	0,3	1,0
	1.857,2	1.117,8	253,0	-0,4	1.391,1	1.877,1

Die Entwicklung der Rückstellungen zeigt die übliche abrufverhaltensbedingte Schwankung.

Andere sonstige Rückstellungen

Die Position beinhaltet im Wesentlichen Rückstellungen in Höhe von insgesamt 7,1 Mio. EUR (Vorjahr 6,9 Mio. EUR) für ungewisse Verbindlichkeiten, vor allem für Rechtsstreitigkeiten im Beitragseinzug, Restrukturierungsmaßnahmen, Jubiläumszahlungen, Urlaub, Zeitguthaben sowie für Prüfungs- und Beratungskosten. Wegen des Auslaufens der Altersteilzeitverträge im abgelaufenen Jahr ist im Gegensatz zu den Vorjahren keine Rückstellung hierfür mehr enthalten.

Die Verpflichtungen aus Lebensarbeitszeitkonten für Mitarbeiter wurden mit dem kongruent bestehenden Deckungsvermögen gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB verrechnet. Die notwendigen Verrechnungen ergeben sich wie folgt:

	2025	2024	Differenz
	TEUR	TEUR	
Anschaffungskosten	3.461	4.096	- 636
Beizulegender Zeitwert	4.014	4.553	- 539
Erfüllungsbetrag der Verpflichtung	- 4.014	- 4.553	539
Saldierter	0	0	0
Bilanzausweis			
Aufwendungen	97	105	- 8
Erträge	- 97	- 105	8
Saldo	0	0	0

Die Rückstellung für Jubiläumszahlungen wurde versicherungsmathematisch nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren ermittelt. Rechnungsgrundlagen waren ein Zinsfuß von 2,22 % (Vorjahr 1,96 %), ein Gehaltstrend von 2,0 % sowie ein Trend für die Beitragsbemessungsgrenze in der Sozialversicherung von 2,00 % p.a.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeitspiegel	GESAMT	DAVON RESTLAUFZEIT			GESICHERT
	TEUR	unter 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre	TEUR
Erstattungsverbindlichkeiten	624.118	624.118	0	0	0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.858	3.858	0	0	0
Sonstige Verbindlichkeiten	132.685	126.185	5.920	580	0
Gesamtbetrag	760.661	754.161	5.920	580	0
Gesamtbetrag im Vorjahr	677.946	670.746	6.790	410	0

Die sonstigen Verbindlichkeiten setzten sich wie folgt zusammen:

	31.12.2025	31.12.2024
	TEUR	TEUR
Auszahlungsverpflichtungen aufgrund der Absicherung der Arbeitszeitflexibilisierungsregelung (Ausgleichskonto) im Baugewerbe	60.538	57.916
Auszahlungsverpflichtungen aufgrund der Absicherung von Altersteilzeit im Baugewerbe	8.299	8.633
Winterbau-Umlagebeträge, die an die Bundesanstalt für Arbeit (BA) weiterzuleiten sind	4.596	2.098
Hinterlegungen auf Sicherungskonten für Unternehmen außerhalb des Baugewerbes	6.893	6.982
Übrige Posten	52.361	34.328
Summe	132.685	109.957

Die Schwankungen bei den übrigen Posten ergeben sich aus Stichtageffekten, die sich unter anderem aus der konkreten Zahlungsabwicklung zwischen der ULAK, der ÜKB, der ZVK und der Bundesagentur für Arbeit ergeben.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen und Haftungsverhältnisse

Sonstige finanzielle Verpflichtungen betreffen die Mietzahlungen für von der ZVK angemietete Räume in Höhe von rund 2,5 Mio. EUR jährlich. Es handelt sich um ein unbefristetes Mietverhältnis. Nennenswerte Leasingverpflichtungen gibt es nicht.

Für einen Immobilienankauf stehen noch Kaufpreisen in Höhe von 2,0 Mio. EUR aus. Obligos für Aufträge zu Restarbeiten zur Herstellung von Gebäuden bestanden zum Stichtag darüber hinaus in unwesentlicher Höhe.

Weiterhin besteht ein Obligo für IT-Lizenzen und Geräteleasing in Höhe von 16,6 Mio. EUR für die Jahre 2026 bis 2033.

Es bestanden am Bilanzstichtag nicht bilanzierte Treuhandvermögen und Treuhandverbindlichkeiten aus Sicherheitsleistungen der Mieter in Höhe von 1,0 Mio. EUR. Aufgrund des in gleicher Höhe bestehenden Treuhandvermögens besteht kein Risiko der einseitigen Inanspruchnahme der Treuhandverbindlichkeiten.

Des Weiteren besteht eine Eventualverbindlichkeit in Höhe von 16,3 Mio. EUR für von der ZVK bilanzierte Pensionsrückstellungen.

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Beiträge

Die Beiträge enthalten periodenfremde Stornos aufgrund von Korrekturen, Nachmeldungen und -forderungen bzw. Mindestbeiträgen für Abrechnungszeiträume, die vor dem Berichtsjahr liegen. Sie betrugen für das Urlaubsverfahren rund 64,9 Mio. EUR und für das Berufsbildungsverfahren rund 26,8 Mio. EUR.

Zinsen und ähnliche Erträge sowie sonstige Leistungen

Die Zinsen und ähnliche Erträge sowie sonstige Leistungen haben sich wie folgt entwickelt:

	Stand 31.12.2025	Stand 31.12.2024	Veränderung	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	%
Zinsen und ähnliche Erträge	35,0	37,6	-2,6	-6,8
Kostenerstattungen Schwesterkassen	14,0	11,1	2,8	25,3
Mieten	7,7	5,8	1,9	31,8
Fremdverwaltung Immobilien	5,9	6,2	-0,3	-4,5
Erlöse IT-Dienstleistungen an Dritte	1,0	1,2	-0,2	-16,0
Erträge SIKO	0,8	0,8	0,0	-3,4
Sonstiges	0,2	0,3	-0,1	-40,5
Summe	64,5	63,0	1,5	2,4

Die Steigerung ergibt sich im Wesentlichen aus einer Steigerung bei den Kostenerstattungen gegenüber den Schwesterkassen.

Sonstige betriebliche Erträge

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind periodenfremde Erträge in Höhe von 3,4 Mio. EUR enthalten.

Aufwendungen Verfahren

In den Aufwendungen Verfahren sind Erträge aus der Auflösung von Erstattungsrückstellungen verrechnet. Dabei handelt es sich um periodenfremde Erträge in Höhe von 2,1 Mio. EUR.

Periodenfremde Aufwendungen für nachgemeldete Ansprüche zurückliegender Abrechnungszeiträume entstanden in Höhe von 87,8 Mio. EUR.

Personalaufwand

Die ULAK und die ZVK haben mit Mitarbeitern, die für beide Unternehmen in zentralen Bereichen, z. B. Kundenservice, Informationstechnologie, Personal, Finanzen, tätig sind, Mehrfacharbeitsverträge abgeschlossen. Die Bezüge der Mitarbeiter werden entsprechend den jeweiligen Tätigkeitsanteilen von der ULAK und der ZVK getragen. Die Mitarbeiter sind gemäß ihrem Verrechnungsanteil erfasst.

Im Jahresdurchschnitt waren 571 Angestellte, im Rahmen der Immobilienfremdverwaltung 22 gewerbliche Arbeitnehmer in Voll- und Teilzeit sowie 13 Auszubildende beschäftigt. Den Personalaufwand zeigt die folgende Tabelle.

	2025	2024
	Mio. EUR	Mio. EUR
Löhne und Gehälter	50,6	49,2
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	8,9	8,8
Aufwendungen für Altersversorgung	6,7	4,0
Sonstige persönliche Kosten	0,6	0,6
Aufwendungen insgesamt	66,8	62,6

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen entfallen über 75 % auf die Bereiche Beratungsleistungen, Geschäftsräume, Ausstattung sowie Porto und Versand. Darüber hinaus sind in dieser Position 0,1 Mio. EUR aus nachträglicher periodenfremder Vorsteuer enthalten.

Zinsaufwendungen

Die Zinsaufwendungen waren in diesem Jahr wegen der Verbesserungen bei den Pensionszinsen Erträge von insgesamt 0,1 Mio. EUR.

Sonstige Angaben

Honorar des Abschlussprüfers

Das Gesamthonorar einschließlich Umsatzsteuer des Abschlussprüfers der ULAK im aktuellen Geschäftsjahr ergibt sich aus Abschlussprüfungsleistungen (180 TEUR).

Organbezüge

Die Gesamtbezüge der Mitglieder des Verwaltungsrats betrugen 332 TEUR, die des Beirates 143 TEUR.

Auf die Angabe der Bezüge nach § 285 Nr. 9 a HGB wird entsprechend § 286 Abs. 4 HGB verzichtet, weil sich anhand dieser Angaben die Bezüge eines Mitglieds des Vorstandes feststellen lassen.

Die früheren Mitglieder des Vorstandes und ihre Hinterbliebenen erhielten im Berichtsjahr 444 TEUR; für sie besteht eine Pensionsrückstellung in Höhe von 8.334 TEUR.

Organkredite wurden nicht gewährt.

Organe

Gemäß § 5 der Satzung in der Fassung vom 29.06.2023 sind die Organe der ULAK die Mitgliederversammlung, der Verwaltungsrat, der Beirat und der Vorstand.

Die Mitgliederversammlung ist oberstes Organ der ULAK. Sie besteht aus 120 Delegierten; sie ist paritätisch mit Vertretern der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerorganisationen besetzt.

Verwaltungsrat

Jutta Echterhoff-Vogt (ehem. Echterhoff-Beeke)

Geschäftsführende Gesellschafterin der
Echterhoff Holding GmbH, Westerkappeln
1. Vorsitzende seit 25.06.2025
Stellvertreterin des 2. Vorsitzenden bis 25.06.2025

Robert Feiger

Bundesvorsitzender der Industriegewerkschaft
Bauen-Agrar-Umwelt, Frankfurt a. M.
2. Vorsitzender seit 25.06.2025
1. Vorsitzender bis 25.06.2025

Uwe Nostitz

Geschäftsführender Gesellschafter der Nostitz & Partner
Bauunternehmung GmbH, Großpostwitz
Stellvertreter der 1. Vorsitzenden seit 25.06.2025
2. Vorsitzender bis 25.06.2025

Carsten Burckhardt

Stellvertretender Bundesvorsitzender der
Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt, Frankfurt a. M.
Stellvertreter des 2. Vorsitzenden seit 25.06.2025
Stellvertreter des 1. Vorsitzenden bis 25.06.2025

Johannes Bauer

Bundesvorstandssekretär und Leiter der Abteilung Strategische
Planung und Controlling beim Bundesvorstand der Industrie-
gewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt, Frankfurt a. M.

Christian Beck

Mitglied des Bundesvorstandes der Industriegewerkschaft
Bauen-Agrar-Umwelt, Frankfurt a. M.
Mitglied des Verwaltungsrates seit 25.06.2025
Mitglied des Beirates bis 25.06.2025

Stefan Brettschneider

Geschäftsbereichsleiter Recht, Sozialpolitik und Fachkräfte des
Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie e. V., Berlin

Anja Christen

Justitiarin des Bundesvorstandes der Industriegewerkschaft
Bauen-Agrar-Umwelt, Frankfurt a. M.

Andreas Ebert

Geschäftsführer der STRATIE Bau GmbH, Blankenburg

Klaus-Dieter Fromm

Stuckateurmeister, Plochingen

Uwe Goebel

Geschäftsführer der Erhard Goebel GmbH, Erlangen

André Grundmann

Leiter der Region Nord der Industriegewerkschaft
Bauen-Agrar-Umwelt, Hamburg
bis 25.06.2025

Heribert Jöris

Geschäftsführer Sozial- und Tarifpolitik des Zentralverbandes
des Deutschen Baugewerbes e. V., Berlin

Ulrike Laux

Mitglied des Bundesvorstandes der Industriegewerkschaft
Bauen-Agrar-Umwelt, Frankfurt a. M.

Thomas Paetzold

Vorstandsmitglied der Wayss & Freytag Ingenieurbau AG,
Frankfurt a. M.

Peter Riedel

Abteilungsleiter Bauwirtschaft der Industriegewerkschaft
Bauen-Agrar-Umwelt, Frankfurt a. M.
seit 26.11.2025

Harald Schaum

Stellvertretender Bundesvorsitzender der
Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt, Frankfurt a. M.
bis 26.11.2025

Nicole Simons

Stellvertretende Bundesvorsitzende der Industriegewerkschaft
Bauen-Agrar-Umwelt, Frankfurt a. M.

Beirat

Antonius Allgaier

Leiter der Hauptabteilung I Politik und Grundsatzfragen beim
Bundesvorstand der Industriegewerkschaft
Bauen-Agrar-Umwelt, Frankfurt a. M.

Jörg Brömer

Geschäftsführer der Brömer & Sohn GmbH, Wiesbaden

Jon Daniel Heinemann

Leiter der Region Rheinland der Industriegewerkschaft
Bauen-Agrar-Umwelt, Düsseldorf

Dirk Johné

Leiter der Region Nord der Industriegewerkschaft
Bauen-Agrar-Umwelt, Hamburg
seit 25.06.2025

Wolfgang Kreis

Linkenheim-Hochstetten

Jürgen Kullmann

Geschäftsführer der Oswald Fliesen und Service GmbH & Co. KG,
Fulda

Hubertus Laaser

Geschäftsführender Gesellschafter der Krutmann GmbH & Co. KG,
Menden-Lendringens

Thomas Möller

Hauptgeschäftsführer der Bauwirtschaft Baden-Württemberg e.V.,
Stuttgart

Dr. Robert Momberg

Hauptgeschäftsführer des Bauindustrieverbandes Ost e.V.,
Potsdam

Peter Nitschke

Fliesen Schreiber GmbH, Ballenstedt

Hans-Joachim Rosenbaum

Leiter der Region Hessen der Industriegewerkschaft
Bauen-Agrar-Umwelt, Frankfurt a. M.

Kai Schwabe

Leiter der Region Niedersachsen der Industriegewerkschaft
Bauen-Agrar-Umwelt, Hannover

Dr. Burkhard Siebert

Hauptgeschäftsführer des Bauindustrieverbandes
Hessen-Thüringen e.V., Wiesbaden

Dieter Wasilewski

Abteilungsleiter Bauhauptgewerbe beim Bundesvorstand der
Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt, Frankfurt a. M.

Christian Wechselbaum

Leiter der Region Weser-Ems der Industriegewerkschaft
Bauen-Agrar-Umwelt, Bremen
bis 25.06.2025

Prof. Beate Wiemann

Hauptgeschäftsführerin und Geschäftsführendes Vorstands-
mitglied des Bauindustrieverbandes Nordrhein-Westfalen e.V.,
Düsseldorf

Björn Wißuwa

Leiter der Region Westfalen der Industriegewerkschaft
Bauen-Agrar-Umwelt, Dortmund
seit 25.06.2025

Vorstand**Gregor Asshoff, Frankfurt am Main, bis zum 31.05.2025**

AEV, Asset Management, IT-Betrieb, ZVK, gemeinsam mit
Dr. Gerhard Mudrack Revision, Vorstandsstab und Recht,
Kunden- und Marktentwicklung, Unternehmensentwicklung,
Unternehmensstrategie, Pflege Stamm- und Beziehungsdaten

Dr. Gerhard Mudrack, Eltville am Rhein

Finanzen und Risiko, Personal und Zentrale Dienste, ULAK,
Marketing und Vertrieb, gemeinsam mit Gregor Asshoff
Revision, Vorstandsstab und Recht, Kunden- und Marktent-
wicklung, Unternehmensentwicklung, Unternehmensstrategie,
Pflege Stamm- und Beziehungsdaten

**Werner Schneider, Bingen am Rhein, seit dem 01.06.2025,
stellvertretend 01.04.2025 bis 31.05.2025**

AEV, Asset Management, IT-Betrieb, ZVK, gemeinsam mit
Dr. Gerhard Mudrack Revision, Vorstandsstab und Recht,
Kunden- und Marktentwicklung, Unternehmensentwicklung,
Service Center Verfahren, Pflege Stamm- und Beziehungsdaten

Wiesbaden, den 01.04.2026

Urlaubs- und Lohnausgleichskasse der Bauwirtschaft

Der Vorstand

Dr. Gerhard Mudrack

Werner Schneider

Mitglieder

Verbände des Baugewerbes

Zentralverband des Deutschen Baugewerbes e. V.
Kronenstraße 55–58, 10117 Berlin

**Arbeitgeberverband der Bauwirtschaft des
Saarlandes e. V. ***
Kohlweg 18, 66123 Saarbrücken

Baugewerbe-Verband Nordrhein
Graf-Recke-Straße 43, 40239 Düsseldorf

Baugewerbe-Verband Sachsen-Anhalt
Lorenzweg 56, 39128 Magdeburg

Baugewerbeverband Schleswig-Holstein
Hopfenstraße 2e, 24114 Kiel

Baugewerbeverband Westfalen
Westfalendamm 229, 44141 Dortmund

Bauwirtschaft Baden-Württemberg e. V. *
Hohenzollernstraße 25, 70178 Stuttgart

Bauwirtschaft Rheinland-Pfalz e. V. *
Max-Hufschmidt-Straße 11, 55130 Mainz

Fachverband Ausbau und Fassade Baden e. V.
Burkheimer Straße 12, 79111 Freiburg

**Fachverband Ausbau und Fassade
Nordrhein-Westfalen**
Graf-Recke-Straße 43, 40239 Düsseldorf

**Fachverband der Stuckateure für Ausbau und
Fassade Baden-Württemberg**
Siemensstraße 6-8, 71277 Rutesheim

Fachverband Fußbodenbau Baden-Württemberg e. V.
Röhler Weg 10, 71032 Böblingen

Holzbau Baden e. V.
Burkheimer Straße 12, 79111 Freiburg

**Holzbau Deutschland
Verband Hessischer Zimmermeister e. V.,
Landesinnungsverband**
Werner-Heisenberg-Straße 4, 34123 Kassel

**Landesinnungsverband der Fliesen-, Platten- und
Mosaikleger Brandenburg**
Am Heideland 2, 14913 Jüterbog

**Landesinnungsverband des Bayerischen
Zimmerhandwerks**
Eisenacher Straße 17, 80804 München

**Landesinnungsverband des Sächsischen
Straßenbaugewerbes**
Turnerweg 6, 01097 Dresden

Landesinnungsverband Fliesen Baden-Württemberg
Ressestraße 1, 70599 Stuttgart

**Landesverband Bauhandwerk
Berlin-Brandenburg e. V.**
Kurfürstendamm 11, 10719 Berlin

Norddeutscher Baugewerbeverband e. V.
Semperstraße 24, 22303 Hamburg

Sächsischer Baugewerbeverband e. V.
Neuländer Straße 29, 01129 Dresden

Straßen- und Tiefbau-Verband Nordrhein-Westfalen
Graf-Recke-Straße 43, 40239 Düsseldorf

Stuck, Putz und Trockenbau, Westfalen e. V.
Westfalendamm 229, 44141 Dortmund

Verband baugewerblicher Unternehmer Bayerns e. V.
Bavariaring 31, 80336 München

Verband baugewerblicher Unternehmer Hessen e. V.
Emil-von-Behring-Straße 5, 60439 Frankfurt a. M.

**Verband baugewerblicher Unternehmer im
Lande Bremen e. V.**

Martinistraße 53, 28195 Bremen

**Verband baugewerblicher Unternehmer
Niedersachsen e. V.**

Baumschulenallee 12, 30625 Hannover

**Verband baugewerblicher Unternehmer
Thüringen e. V.**

Blosenburgstraße 4, 99096 Erfurt

**Verband des Zimmerer- und Holzbaugewerbes
Baden-Württemberg**

Hellmuth-Hirth-Straße 7, 73760 Ostfildern

Zimmerer- und Holzbau-Verband Nordrhein

Graf-Recke-Straße 43, 40239 Düsseldorf

Verbände der Bauindustrie

Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e. V.

Kurfürstenstraße 129, 10785 Berlin

**Arbeitgeberverband der Bauwirtschaft des
Saarlandes e. V. ***

Kohlweg 18, 66123 Saarbrücken

**Bauindustrieverband Hamburg
Schleswig-Holstein e. V.**

Loogestraße 8, 20249 Hamburg

Bauindustrieverband Hessen-Thüringen e. V.

Abraham-Lincoln-Straße 30, 65189 Wiesbaden

Bauindustrieverband Niedersachsen-Bremen e. V.

Bürgermeister-Spitta-Allee 18, 28329 Bremen

Bauindustrieverband Nordrhein-Westfalen e. V.

Uhlandstraße 56, 40237 Düsseldorf

Bauindustrieverband Ost e. V.

Karl-Marx-Straße 27, 14482 Potsdam

Bauverband Mecklenburg-Vorpommern e. V.

Werderstraße 1, 19055 Schwerin

Bauwirtschaft Baden-Württemberg e. V. *

Hohenzollernstraße 25, 70178 Stuttgart

Bauwirtschaft Rheinland-Pfalz e. V. *

Max-Hufschmidt-Straße 11, 55130 Mainz

Bayerischer Bauindustrieverband e. V.

Oberanger 32, 80331 München

Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt

Olof-Palme-Straße 35, 60439 Frankfurt a. M.

* Mitgliedsverband sowohl des Zentralverbandes des Deutschen Baugewerbes e. V. als auch des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie e. V.

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir zu dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2025 (Anlage 1) und dem Lagebericht für das Geschäftsjahr 2025 (Anlage 1) der Urlaubs- und Lohnausgleichskasse der Bauwirtschaft, Wiesbaden, mit Datum vom 15. April 2026 den folgenden Bestätigungsvermerk erteilt, der hier wiedergegeben ist:

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Urlaubs- und Lohnausgleichskasse der Bauwirtschaft, Wiesbaden – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2025 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Urlaubs- und Lohnausgleichskasse der Bauwirtschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2025 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Verwaltungsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit,

sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Verwaltungsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln

oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum

Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Frankfurt am Main, den 15.04.2026

Nexia GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Dieter Hanxleden	Arno Kramer
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüfer

Bericht des Verwaltungsrats

Der Vorsitz im Verwaltungsrat lag zu Beginn des Berichtsjahres bei

Robert Feiger	als 1. Vorsitzender.
---------------	----------------------

Satzungsgemäß wechselte der Vorsitz nach der Mitgliederversammlung am 25.06.2025 zwischen der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerseite. Es wurde

Jutta Echterhoff-Beeke	zur 1. Vorsitzenden
------------------------	---------------------

gewählt.

Der Verwaltungsrat hat im Geschäftsjahr die ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben wahrgenommen und die Geschäftsführung des Vorstandes überwacht sowie beratend begleitet.

Er hat sich insbesondere über die wesentlichen Geschäftsvorgänge, die Lage und die Entwicklung des Vereins sowie über grundlegende Fragen der Unternehmensplanung, die Risikosituation, das Risikomanagement, das interne Kontrollsystem und die Compliance durch mündliche und schriftliche Berichte regelmäßig, zeitnah und umfassend unterrichten lassen.

In den Verwaltungsratssitzungen während der Berichtszeit sowie durch mündliche und schriftliche Berichte des Vorstandes wurde der Verwaltungsrat laufend über die Geschäftsführung und die Entwicklung der ULAK informiert und hat diese erörtert. Er hat insbesondere die Geschäftspolitik und die Lage und Entwicklung des Vereins sowie die Planung für künftige Perioden und die Risiken der künftigen Entwicklung besprochen. In Entscheidungen von grundlegender Bedeutung war er stets eingebunden.

Bei den Mitgliedern des Verwaltungsrats sind keine Interessenkonflikte aufgetreten.

Der Jahresabschluss zum 31.12.2025 und der Lagebericht sind von der Nexia GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft, Frankfurt am Main, geprüft worden.

Der Jahresabschluss wurde mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der Prüfungsbericht wurde den Mitgliedern des Verwaltungsrats ausgehändigt. Der Verwaltungsrat hat von dem Ergebnis der Prüfung zustimmend Kenntnis genommen. Der Abschlussprüfer hat in der Verwaltungsratssitzung bei der Besprechung des Jahresabschlusses über die Durchführung der Prüfung berichtet und dem Verwaltungsrat weitere Auskünfte gegeben. Nach dem abschließenden Ergebnis der eigenen Prüfung des Verwaltungsrats sind Einwendungen gegen den Jahresabschluss und den Lagebericht nicht zu erheben.

Der Verwaltungsrat billigt den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss, der damit festgestellt ist.

Der Verwaltungsrat dankt dem Vorstand und den Mitarbeitern sowie den Betriebsräten für die im Berichtsjahr erfolgreich geleistete Arbeit.

Wiesbaden, den 20.05.2026

Der Verwaltungsrat

Jutta Echterhoff-Vogt
1. Vorsitzende

Robert Feiger
2. Vorsitzender

Uwe Nostitz
Stellv. 1. Vorsitzender

Carsten Burckhardt
Stellv. 2. Vorsitzende

Mitglieder des Verwaltungsrats

Johannes Bauer

Christian Beck

Stefan Brettschneider

Anja Christen

Andreas Ebert

Klaus-Dieter Fromm

Uwe Goebel

Heribert Jöris

Ulrike Laux

Thomas Paetzold

Peter Riedel

Nicole Simons

Urlaubs- und Lohnausgleichskasse der Bauwirtschaft
Wettinerstraße 7
65189 Wiesbaden

Kontakt

Telefon: 0611 707-0

E-Mail: service@soka-bau.de
soka-bau.de

